Bürgerinitiative »Gemeinwohl hat Vorfahrt«
c/o Hans-Georg Heinscher
Blücherstr. 17, 65195 Wiesbaden, Telefon 0171-992 63 80
E-Mail: post@gemeinwohlhatvorfahrt.de, Internet: www.gemeinwohlhatvorfahrt.de

Die Initiative »Gemeinwohl hat Vorfahrt« wünscht eine ertragreiche Debatte des Projekts

»Weiterentwicklung und Nachverdichtung im Schelmengraben«

in der Bürger*innen-Versammlung am 04.07.2017

Wir wissen:	Im Schelmengraben gibt es keine Sesamstraße.
Trotzdem fragen wir:	**»Wer, wie, was – wieso, weshalb, warum?«**
Und sagen:	**»Wer nicht fragt, bleibt dumm.«**

1. Wo sollen die Bewohner*nnen des Schlemengrabens eine angemessene Unterkunft finden während die Gebäude, in denen sie zu Hause sind, aufgestockt oder instandgesetzt werden? Wie wird sichergestellt, dass sie eine Bleibe finden, die ihren berechtigten Anliegen entspricht?

2. Wie soll verhindert werden, dass das Auslaufen von Mietpreisbindungen und der nur nach und nach zu erreichende Zuwachs an gefördertem Wohnraum zwischenzeitlich eine Versorgungslücke reißen, die die auf preisgünstigen Wohnraum angewiesenen Bewohner*nnen des Schlemengrabens einer höchst ungewissen Zukunft ausliefert?

3. Wie soll sichergestellt werden, dass die geplante Nachverdichtung mit einer Verbesserung der Nahversorgung sowie einer Erweiterung der sozialen und kulturellen Infrastruktur Hand in Hand geht und nicht in einer weiteren Ausdünnung dieser für die Lebensqualität im Quartier so maßgeblichen Grundlagen endet? Ist daran gedacht, ein Quartier der kurzen Wege zu schaffen, damit Nachverdichtung und wachsende Bevölkerungszahl nicht zu einer schwer zu verkraftenden Zunahme des Verkehrsaufkommens führen?

4. Wie wird sichergestellt, dass der angedachte Verkauf von Wohnungen an langjährige Mieter*innen auf diesen Personenkreis beschränkt bleibt und nicht in einer Privatisierungstombola endet, bei der vor allem zahlungskräftige Investoren das Spiel zu ihren Gunsten bestimmen? Was geschieht, wenn langjährige Mieter*innen sich den Kauf ihrer Wohnung nicht leisten können?

5. Beabsichtigen die GWH (Wohnungsgesellschaft mbH Hessen) oder die Landeshauptstadt Wiesbaden das von einer schwer durchschaubaren Eigentümer-Gemeinschaft und von der Minai GmbH verwaltete rote Hochhaus zu erwerben, um dafür Sorge tragen zu können, dass die dort herrschenden Missstände ein rasches Ende finden? Falls dieses Ziel geteilt, aber das Mittel des Ankaufs verworfen wird – wie sonst soll erreicht werden, dass der wichtige Gebäudekomplex rasch wiederbelebt wird und aufhört, mit seinem Dahinsiechen einen ganzen Stadtteil in Misskredit zu bringen?

6. Wie kann bei der geplanten Nachverdichtung und Strukturänderung eine Bürgerbeteiligung gesichert werden, beispielsweise durch einen Planungsbeirat, der die Bewohner*innen des Quartiers repräsentiert?

7. Ist daran gedacht, das seit 2013 tätige Stadtteilmanagement finanziell und personell so zu stärken, dass es den besonderen Herausforderungen während der Vorbereitung und Umsetzung der Ausbauplanungen gerecht zu werden vermag und hinreichend gewappnet ist, um in diesen schwierigen Zeiten konzentriert auf eine weitere Verbesserung der Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung hinzuwirken?

Die Sprecher der Initiative *Gemeinwohl hat Vorfahrt*
Hans-Georg Heinscher Bernd Meffert